

Europa darf sich nicht abschotten

Frankreich und Deutschland wollen europäische Champions in der Wirtschaft. Das ist keine richtig gute Idee, findet der Kronberger Kreis.

Nüchtern betrachtet, waren die vergangenen zehn Jahre keine guten Jahre für die Europäische Union (EU). Die Finanzkrise von 2009 löste in einigen europäischen Ländern eine Staatsschuldenkrise aus. Sie stellte die Europäische Währungsunion vor eine schwere Zerreißprobe und vergiftete die Debatte zwischen den europäischen Partnern über den richtigen Kurs in der Finanzpolitik nachhaltig. Die stark anwachsenden Migrationsströme nach Europa infolge des Krieges in Syrien offenbarten im Jahr 2015 einen tiefgreifenden und andauernden Dissens über die Aufnahme von Flüchtlingen. Diese Auseinandersetzung führte dazu, dass die bis dahin weitgehend unstrittige Idee offener Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten von offizieller Seite in Frage gestellt wurde. Die Entscheidung der Briten im Jahr 2016 schließlich, die EU verlassen zu wollen, erschütterte das Vertrauen in ihren Zusammenhalt. Zugleich verdeutlichte sie, wie fragil das europäische Staatengebilde nach wie vor ist.

Während die EU damit beschäftigt ist, ihre internen Differenzen auszutragen, wachsen die Bedrohungen von außen. Der amerikanische Präsident Donald Trump führt Handelskriege, und Chinas globaler Einfluss wächst. Bei der digitalen Transformation der Wirtschaft scheint Europa abgehängt zu werden.

Viele Europäer sehen vor diesem Hintergrund Wohlstand und Si-

cherheit gefährdet. Auf diese Sorgen hat der französische Präsident Emmanuel Macron reagiert, indem er den Slogan „Une Europe qui protège“ geprägt hat, er fordert also ein Europa, das beschützt. Zwar ist unklar, was damit genau gemeint ist. Es scheint aber im Wesentlichen darum zu gehen, die europäischen Bürger vor all jenen Herausforderungen in einer sich verändernden Welt zu beschützen, die sie als Bedrohung empfinden.

In der Tat hat sich die Welt in erheblichem Maße verändert. Die vielleicht augenfälligste Veränderung ist der wirtschaftliche Aufstieg Chinas. Lange Zeit war China eine verlängerte Werkbank der Industriestaaten. Es versorgte die reichen westlichen Gesellschaften mit kostengünstig produzierten einfachen Konsumgütern. Inzwischen haben sich chinesische Unternehmen jedoch zu ernsthaften Konkurrenten um Führungspositionen in Hochtechnologiebereichen entwickelt. Europäische Unternehmen im Eisenbahnbau, in der Automobilindustrie, im Maschinenbau, in der Medizintechnik, in der chemischen Industrie, um nur einige Beispiele zu nennen, werden in Zukunft deutlich stärker im Wettbewerb mit chinesischen Unternehmen stehen. Setzen sich europäische Unternehmen nicht durch, werden hochbezahlte Arbeitsplätze in Europa verlorengehen.

Ähnlich wie die stärkere Präsenz chinesischer Unternehmen auf dem Weltmarkt wird die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche von vielen europäischen Bürgern als eine Bedrohung für angestammte Arbeitsplätze wahrgenommen. Die Digitalisierung wird zu einer weiteren Automatisierung vieler Produktionsprozesse führen. Zudem wird befürchtet, dass weitere digitale Entwicklungen eher aus Amerika als aus Europa kommen werden. In dem Maße, in dem es europäischen Unternehmen nicht gelingt, sich gegen amerikanische IT-Entwickler im Wettbewerb zu behaupten, werden Einkommen, die bislang in Europa erwirtschaftet wurden, in Zukunft in Amerika entstehen. In diesem Szenario degenerieren europäische Unternehmen zu verlängerten Werkbänken amerikanischer IT-Entwickler, welche die von ihnen entwickelten Produkte an europäischen Fließbändern herstellen las-

sen und sich den Löwenanteil der dabei entstehenden Wertschöpfung aneignen. Europäische Arbeitnehmer dagegen werden sich mit geringeren Löhnen begnügen müssen oder ihre Arbeitsplätze verlieren.

Dass die Europäer altern, dass sie sich also just in dem Moment an Veränderungen gewöhnen sollen, in dem viele von ihnen nicht mehr die jüngsten sind, dürfte das Bedrohungsgefühl nicht leichter erträglich machen. Im Gegenteil: In einer alternden Gesellschaft verstärken Ungewissheiten über die künftige wirtschaftliche Entwicklung die Angst vor Einkommens- und Arbeitsplatzverlust und lassen Altersarmut als ein realistisches Szenario erscheinen. Schließlich wird die Zuwanderung nach Europa von vielen Bürgern als Bedrohung empfunden. Armutsflüchtlinge, so die Befürchtung, stellen nicht nur eine zusätzliche Konkurrenz um Arbeitsplätze dar, sondern führen auch zu zusätzlichen finanziellen Belastungen, weil Zuwanderer staatliche Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Zudem kommen sie oft aus anderen Kulturkreisen und stellen kulturelle Gewissheiten vor Ort in Frage.

Ein Europa, das beschützt, scheint für all diese Probleme und Gefahren vermeintlich eine Lösung anzubieten. Gegen den Wettbewerb chinesischer Industrieunternehmen und amerikanischer IT-Entwickler soll Europa seine Unternehmen und Arbeitnehmer schützen, indem es seine Märkte abschottet. Gleichzeitig soll es – und insbesondere hier findet Macrons Konzept Unterstützung seitens der Bundesregierung – seine eigenen Unternehmen in Branchen, die als wichtig erachtet werden, mit Subventionen aufpäppeln und wettbewerbsbeherrschende Unternehmensstrukturen durch Zusammenschlüsse begünstigen, die dann als europäische Champions gefeiert werden. Ein ausgedehnter europäischer Wohlfahrtsstaat schließlich soll vor Einkommens- und Arbeitsplatzverlust schützen und geschlossene Außengrenzen vor Konkurrenz ausländischer Arbeitnehmer und nichteuropäischer kultureller Einflüsse. Tatsächlich gleicht ein Europa, das beschützt, einer Trutzburg, in deren Innern es sich die Europäer glauben behaglich machen zu können, weil der ungemütliche Rest der Welt draußen-

bleibt.

Leider wird es so nicht funktionieren. Staaten, die sich abschotten, schwächen ihre eigene Wirtschaft zu sehr, als dass es darin behaglich sein könnte. Ohne Konkurrenz von außen verlieren europäische Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Besonders abschreckend wäre ein Szenario, in dem europäische Champions marktbeherrschende Positionen in Europa einnehmen, ohne außerhalb Europas Wettbewerben ausgesetzt zu sein. Solche Unternehmen würden den europäischen Bürgern schlechte Produkte zu hohen Preisen verkaufen und drastisch an Produktivität und Innovationskraft verlieren. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung würde schrumpfen, so dass nicht zuletzt die Grundlage für die Finanzierung von Sozialleistungen geschwächt würde.

Dem stärkeren Wettbewerb aus China und Amerika begegnen die Europäer wirksamer, wenn sie Voraussetzungen dafür schaffen, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit ihrer eigenen Unternehmen zu steigern. Offene Gütermärkte und freier Marktzutritt sind dafür wesentliche Voraussetzungen. Gegenwärtig werden diese Voraussetzungen von China und Amerika in unterschiedlicher Weise in Frage gestellt. Eine wichtige Rolle Europas in einer globalisierten Welt besteht deshalb darin, Regeln für offene Gütermärkte und freien Marktzutritt international durchzusetzen. Diese Rolle sollte die EU im eigenen Interesse annehmen. Die Bundesregierung tut besser daran, auf eine solche Offenheit als auf protektionistische Industriepolitik zu setzen.

Dazu ist es notwendig, dass die EU global mit einer Stimme spricht. Ein geeintes Europa kann internationale Regeln mit einer deutlich stärkeren Verhandlungsmacht durchsetzen als seine 27 oder 28 Mitgliedstaaten getrennt voneinander. Wenn Europa sein kumuliertes Marktgewicht in die Waagschale wirft, werden sich sowohl China als auch Amerika viel eher bewegen und bereit sein, auf protektionistische Handelspolitiken und unfaire Marktpraktiken zu verzichten. Natürlich würden der amerikanische Präsident Trump und die Chinesen lieber mit kleinen Staaten einzeln ver-

handeln. Ihnen könnten sie ihre Regeln eher diktieren als einem einigen Europa. In einer globalisierten Welt besteht der Vorteil Europas nicht darin, dass es seine Bürger abschottet, um sie vor Veränderungen zu schützen. Die Bürger der EU profitieren vielmehr davon, dass sie einem Wirtschaftsraum angehören, der seine Interessen im Wettbewerb behauptet.

Dem Kronberger Kreis, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, gehören Lars P. Feld (Universität Freiburg und Walter Eucken Institut), Clemens Fuest (Ifo-Institut und LMU München), Justus Haucap (DICE, Universität Düsseldorf), Heike Schweitzer (Humboldt-Universität zu Berlin), Volker Wieland (IMFS, Universität Frankfurt) und Berthold U. Wigger (Karlsruher Institut für Technologie, KIT) an.